

Seminar im öffentlichen Verfahrensrecht

FS 2017

Informationen

A. Inhalt und Aufbau

Das **Seminar zum öffentlichen Verfahrensrecht** versteht sich als praktische Ergänzung zu den Masterkursen „Verwaltungsverfahren“ und „Verwaltungsprozessrecht“. Im Zentrum des Seminars steht die Redaktion einer Parteieingabe (Gesuch um Erlass einer Verfügung, Beschwerde, Klage) in einem Kontext des öffentlichen Rechts. Zu diesem Zweck erhält jeder Student und jede Studentin ein „Falldossier“ mit einer spezifischen Aufgabe. Im Rahmen der Abfassung der entsprechenden Parteieingabe werden gleichzeitig verfahrensrelevante und materiellrechtliche Fragestellungen behandelt. Jedem Studenten bzw. jeder Studentin wird ein Falldossier mit einer spezifischen Aufgabe zur Verfügung gestellt.

Das Seminar beginnt mit einer **Einführungsveranstaltung**, an welcher die Teilnehmenden in die Aufgabenstellung eingewiesen werden und eine theoretische Einführung in das Verfassen von Beschwerdeschriften im Verwaltungsverfahren erhalten. Diese Veranstaltung findet am *Montag, 20. Februar 2017* (16.15 – 18.00 Uhr) statt.

Eingabefrist für die **schriftliche Arbeit** (maximal 20 Seiten bzw. 60'000 Zeichen, inkl. Leerschläge) ist der *Freitag, 28. April 2017*.

An einer **Schlussveranstaltung** sollen die wichtigsten Erfahrungen ausgetauscht und mit einem Kurzreferat abgerundet werden. Diese findet voraussichtlich am *Mittwoch, 28. Juni 2017* (14.15 Uhr) statt. Unabhängig davon erhalten die Studierenden eine individuelle Rückmeldung zu ihrer Rechtsschrift.

RECHTSWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT

Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht
Prof. Bernhard Waldmann
Av. Beauregard 1, 1700 Freiburg
Tel. 026 300 81 56 / bernhard.waldmann@unifr.ch
www.unifr.ch/ius/waldmann

B. Ziele

Neben der Vertiefung von verfahrens- und materiellrechtlichen Fragestellungen sollen die Studierenden in die Redaktionstechnik für Rechtsschriften (in öffentlichrechtlichen Streitigkeiten) eingeführt werden. Insbesondere sollen sie lernen,

- wie eine Rechtsschrift aufzubauen ist;
- wie die Rechtsbegehren und andere Anträge zu formulieren sind;
- wie eine Begründung der Beschwerde entwickelt und substantiiert werden kann.

C. Teilnahmevoraussetzungen und Einschreibung

Die Teilnahmevoraussetzungen richten sich nach den Weisungen der Unterrichtskommission vom Mai 2013 (<http://www.unifr.ch/ius/de/faculte/reglemente>). Zusätzlich sind folgende Voraussetzungen zu beachten:

- Teilnahmevoraussetzung bildet der vorgängige oder allenfalls parallele Besuch des Masterkurses „Verwaltungsverfahren“ oder „Verwaltungsprozessrecht“.
- Die Teilnahme ist (angesichts der individuellen Ausgestaltung der Falldossiers und der individuellen Betreuung) auf 15 Studierende beschränkt.

Eine Einschreibung ist obligatorisch. Die Einschreibung erfolgt per E-Mail (mit Angabe der Studentenummer) an silvan.zemp@unifr.ch bis spätestens zum **31. Dezember 2016**. Die Anmeldungen werden nach der Reihenfolge ihres Eintreffens berücksichtigt.

D. Leistungsnachweise

Die schriftliche Arbeit wird benotet. Berücksichtigt werden folgende Kriterien:

- Erscheinungsform und Aufbau der Rechtsschrift
- Formulierung der Rechtsbegehren
- Stichhaltigkeit der Begründung
- Formelle Gesichtspunkte (Zitierweise, Sprache, Stil usw.)

Die Note wird rechtzeitig für die Session 2/2017 bekannt sein.

E. Dokumente

An die Einführungsveranstaltung sind folgende Unterlagen mitzubringen: VwVG (SR 172.021), VGG (SR 173.32) und BGG (SR 173.110). Das „Dossier“ für die schriftliche Arbeit wird an der Einführungsveranstaltung abgegeben.

F. Zeitlicher Ablauf des Seminars

Das Seminar erstreckt sich über das Frühjahrssemester 2017.

Montag, 20. Februar 2017 16.15–18h Uhr, Institut für Föderalismus, 1. Stock	Einführungsveranstaltung
28. April 2017	Abgabetermin für die Rechtsschrift maximal 60'000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) Eingabefrist Freitag, 28. April 2017)
Mittwoch, 28. Juni 2017 14.15 Uhr, Institut für Föderalismus, 1. Stock	Schlussveranstaltung

E. Weitere Hinweise

Für die schriftliche Arbeit (Rechtsschrift) sind folgende Hinweise zu beachten:

1. Die Rechtsschrift kann auch weniger als 60'000 Zeichen umfassen.
2. Die Rechtsschrift ist in gebundener Form abzugeben.
3. Auf Verzeichnisse (Inhalt, Abkürzungen, Literatur, Materialien) ist zu verzichten.
4. Eintretens- und Prozessvoraussetzungen sowie andere (formelle) Vorfragen sind ausführlich zu behandeln.
5. Keine Fussnoten. Allfällige Verweisungen in Klammern.

Im Übrigen gelten die Weisung Nr. 2 betreffend die Seminare vom 28. Mai 2013 und – ergänzend – die Weisung Nr. 3 betreffend die schriftlichen Arbeiten vom 8. Oktober 2013.

BW/10.11.2016